

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Gysi, Heinrich Graf von Einsiedel,
Hanns-Peter Hartmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/7297 –**

NATO-Osterweiterung und Europäische Friedensordnung

A. Problem

Eine übergeordnete Aufgabenstellung für die Staaten Europas besteht in der Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung, die einen wirklich gesamteuropäisch-atlantischen Ansatz verfolgt und gemeinsame und gleiche Sicherheit bietet. Die „Charta von Paris für ein neues Europa“ aus dem Jahre 1990 hatte den Weg gewiesen, eine solidarische, gesamteuropäische Zusammenarbeit zu pflegen und gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten. In der Praxis ist jedoch eine Abkehr von den dort vereinbarten Zielen und ein Trend zur Vorherrschaft des militärischen und machtpolitischen in den internationalen Beziehungen erkennbar. In der politischen Diskussion werden die Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit gegenwärtig nahezu ausschließlich auf die geplante Erweiterung der NATO reduziert. Es muß bezweifelt werden, daß die NATO-Erweiterung die Interessen der ost-, mittel- und südosteuropäischen Staaten befriedigen kann, da sie für diese Staaten eine erhebliche finanzielle Belastung mit sich bringt und eine selektive NATO-Erweiterung an der Notwendigkeit, eine gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle OSZE-Staaten zu schaffen, vorbeigeht. Die geplante NATO-Erweiterung würde nicht nur Europa erneut teilen und für Rußland eine latente Bedrohung darstellen, sondern wirkt sich bereits heute negativ auf Fortschritte im Abrüstungs- und Rüstungskontrollbereich aus.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, von den Plänen der NATO-Osterweiterung Abstand zu nehmen und statt dessen eine OSZE-Politik umzusetzen, die auf der „Charta für ein neues Europa“ aufbaut, Schritte zur Einschränkung der Dominanz der NATO zu unternehmen, im Rahmen der Anpassung des KSE-Vertrages eine neue Initiative zur Fortsetzung der konventionellen

Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im OSZE-Rahmen zu ergreifen und sich für die weitere Denuklearisierung der Sicherheitspolitik und nukleare Abrüstung einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des vorliegenden Antrages der Gruppe der PDS.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/7297 wird abgelehnt.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Klaus Francke (Hamburg)
Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Berichterstatter

Angelika Beer
Berichterstatlerin

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Francke (Hamburg), Karsten D. Voigt (Frankfurt), Angelika Beer und Ulrich Irmer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 184. Sitzung am 26. Juni 1997 den Antrag auf Drucksache 13/7297 an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung und an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde am 24. September 1997 durch den federführenden Ausschuß mit der gutachtlichen Beratung beauftragt.

II.

In seiner 26. Sitzung am 8. Oktober 1997 beriet der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle die Vorlage und empfahl dem federführenden Ausschuß, den Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/7297 abzulehnen. Der Beschluß wurde in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Verteidigungsausschuß lehnte den Antrag auf Drucksache 13/7297 in seiner 68. Sitzung am 12. November 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

III.

Am 10. Dezember 1997 hat der Auswärtige Ausschuß in seiner 75. Sitzung den Antrag der Gruppe der PDS beraten und ihn einstimmig bei Enthaltung des Abgeordneten Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE) und Abwesenheit der antragstellenden Gruppe abgelehnt.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Klaus Francke (Hamburg)

Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Berichterstatter

Angelika Beer

Berichterstatte

Ulrich Irmer

Berichterstatter